

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Januar 2016

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Betriebliche Altersvorsorge auf der Prioritätenliste ganz weit oben

Ob man es mag oder nicht: Die Flüchtlingskrise ist weiterhin das beherrschende Thema in Politik und Medien. Wenn der Zustrom nicht gebremst wird, werden wir in diesem Jahr weit über eine Million Flüchtlinge, Schutzsuchende oder Asylbewerber – wie immer man sie nennen mag – aufnehmen müssen. Über die damit verbundenen Heraus- und Überforderungen habe ich – auch an dieser Stelle - schon mehrfach geschrieben. Nach den Kölner Sylvester-Ereignissen fragen sich immer mehr Menschen, ob eine Obergrenze nicht doch sinnvoll sein könnte. Inzwischen haben einige Hundert Flüchtlinge die Bundesrepublik Deutschland wegen Untätigkeit verklagt. Ihnen gehen die

Asylverfahren nicht schnell genug. Das ist ihr gutes Recht. Ebenso ist es das gute Recht anderer, ein solches Verhalten mit Fragezeichen zu versehen.


Es gibt noch eine Welt außerhalb der Flüchtlingsthematik und diese darf keineswegs vernachlässigt werden. In den ersten beiden Jahren der Regierungszeit hat die Große Koalition eine Reihe wichtiger Themen verabschiedet, die auch auf der Tagesordnung des CGB standen: Die Einführung des bundesweiten Mindestlohns von 8,50 Euro/h und der Mütterrente und nicht zuletzt des Betreuungsgeldes, für die Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen und nicht staatlichen Erziehern überlassen. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar die Zuständigkeit des Bundes in dieser Frage verneint, das Betreuungsgeld an sich aber nicht in Zweifel gezogen. Dass es den Interessen von erziehenden Eltern entgegenkommt, zeigt die Tatsache, dass es in Bayern 73 Prozent der Berechtigten in Anspruch nehmen.

Für dieses Jahr steht die betriebliche Altersvorsorge - bAV - ganz weit oben auf der sozialpolitischen Prioritätenliste. Die gesetzliche Rente ist zwar weiterhin sicher, aber sie wird in absehbarer Zeit nicht mehr einen ausreichenden Lebensstandard sichern. Es ist deshalb höchste Zeit, die betriebliche Altersvorsorge, die in Großunternehmen gang und gäbe ist, auf kleine und mittlere Betriebe auszuweiten. Ich bin zuversichtlich, dass die Koalitionspartner sich hier bald einigen werden.

Sie werden sich dann der nächsten großen Aufgabe widmen müssen: Der Gestaltung der sogenannten „Flexi-Rente“. Mit ihr soll der flexible Übergang in den Ruhestand arbeitnehmerfreundlich geregelt werden. Schließlich müssen wir uns dem Missbrauch von Zeit- und Werkverträgen widmen, der in den vergangenen Jahren überhandgenommen hat.

Das alles sind Punkte, in die sich der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands und seine Einzelgewerkschaften einbringen müssen. Darum bitte ich Sie sehr herzlich.

Matthäus Strebl, MdB
CGB-Bundesvorsitzender

A handwritten signature in black ink, which reads 'Matthäus Strebl'.

Matthäus Strebl, MdB
Bundesvorsitzender

Aktuelles Thema

Krafftahnergewerkschaft (KFG) fordert mehr Park- und Ruheplätze, sowie höhere Spesen für die Berufstätigen im Transportgewerbe!



Seinen Urlaub Anfang Januar 2016 im Berchtesgadener Land hat der Bundesvorsitzende der Krafftahnergewerkschaft (KFG) Willy Schnieders aus Emstek in Niedersachsen genutzt, um mit seinem Stellvertreter und Pressesprecher Franz Xaver Winklhofer und dem Bundesvorstandsmitglied Tuncay (Charly) Öztunc aus Piding, die Situation der Berufskraftfahrer/innen im Berchtesgadener Land und dem ganzen südostbayerischen Bereich zu durchleuchten. Besonders die fehlenden Parkplätze und die völlig unzureichenden Spesen für die Chauffeure in den Speditionen, wurden bei den Gesprächen kritisiert.

Franz Xaver Winklhofer informierte dabei den Bundesvorsitzenden darüber, dass auf der Autobahn München-Salzburg zwischen dem Grenzübergang Walsberg und der Rosenheim noch immer mehr Parkplätze geschlossen als gebaut werden. Auch an der Bundesstraße 304 Freilassing-München und auch an der B 20 Berchtesgaden-Passau werden immer mehr Parkplätze rückgebaut. Es wird für die Berufskraftfahrer immer schwieriger, ihre gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit von zusammenhängend 11 Stunden täglich einzuliegen. Sowohl Willy Schnieders als auch Tuncay Öztunc und Franz Xaver Winklhofer ist es daher unverzichtbar, dass beim dreispurigen Ausbau der A8 auch mehr Park- und Ruheplätze für die LKW-Fahrer eingeplant werden.

Die Verkehrsplaner müssen dabei berücksichtigen, dass immer mehr Frauen den Beruf des Krafftahners im Transportgewerbe ergreifen. Sollten diese weiblichen Beschäftigten nicht rechtzeitig einen Parkplatz der wenigen Raststätten zwischen Bad Reichenhall und Rosenheim erreichen, müssen sie auf Plätze fernab jeder Infrastruktur oder gar im Wald ausweichen. Neben der fehlenden Waschgelegenheit ist die Gefahr sehr hoch, dass die Fahrerinnen sexuell belästigt oder gar vergewaltigt werden. Das können wir von der KFG weder akzeptieren noch tolerieren, so der stellvertretende Bundesvorsitzende Franz Xaver Winklhofer aus Freilassing.

Dem Bundesvorsitzenden der Krafftahnergewerkschaft (KFG) Willy Schnieders sind besonders die geringen Spesen für die Berufskraftfahrer/innen ein Dorn im Auge. Während in den Raststätten und Rasthöfen an den Autobahnen und Fernstraßen die Preise ständig steigen, bleiben die Spesensätze am unteren Level.

„Kein Chauffeur ist mit den derzeitigen Spesen in der Lage, in einer Raststätte zu duschen und zu erschwinglichen Preisen zu essen“, erklärt Willy Schnieders.

„Was hilft es dem Fahrer, wenn ihn sein Chef für seine zuverlässige Arbeit mit einer deutlichen Lohnerhöhung belohnt, wenn unter dem Strich nichts übrig bleibt? Und dies, weil das Finanzamt, die Sozialversicherungen und die weiteren Träger ihren Anteil einfordern. Es wird Zeit, dass die möglichen Reisekosten und Tagesspesen spürbar erhöht werden“, so der Bundesvorsitzende der KFG weiter.



Bundesvorsitzender Schnieders (links) und sein Stellvertreter Franz Xaver Winklhofer

Bei dem Gespräch im Klosterwirt Höglwörth in Anger konnte das Bundesvorstandsmitglied Tuncay (Charly) Öztunc versichern, dass er weiter an den monatlichen Stammtischen der Verkehrspolizei am Shell Rasthof Walsberg an der Autobahn in Fahrtrichtung München teilnimmt, die jeden ersten Mittwoch um 19.00 Uhr stattfinden. Franz Xaver Winklhofer wird die KFG weiter als gewähltes Mitglied im Bundesvorstand des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) vertreten und für die Pressearbeit zuständig und verantwortlich sein. Weiter wird Winklhofer im ersten Halbjahr verstärkt im südostbayerischen Raum die Fahrer/innen über ihre Rechte und Pflichten aufklären.

Zum Abschluss seines Besuches in Höglwörth konnte der Bundesvorsitzende der Krafftahnergewerkschaft (KFG) erfreut feststellen, dass er mit seinen Vertretern aus Bayern und dem Berchtesgadener Land zufrieden sein kann und die Arbeit für die Belange und Anliegen der Berufskraftfahrer bei Winklhofer und Öztunc in guten Händen sind.

PM KfG im Januar 2016

* * * *

Aus den Gewerkschaften

Die CGM begrüßt Justizminister Maas Einsatz der neuen Task Force gegen Hasspostings in den Sozialen Medien!



Die letzten Monate wurde das Ausmaß an Hasspostings, die lediglich für die eigenen Gemeinschaftsrichtlinien der sozialen Netzwerke belangvoll waren, zum ersten Mal in seinen Auswirkungen auf den sozialen Frieden und das Grundrecht auf Meinungsfreiheit als allgemeine Gefahr erkannt.

Heiko Maas hat in dieser Sache schnell und richtig gehandelt. Auch wenn er mit Sicherheit weiß, dass derzeit die personellen Ressourcen bei Facebook, Twitter und Co noch nicht ausreichen, um die Inhalte, die nach deutschem Recht bedenklich sind, innerhalb von 24 Stunden zu beurteilen und gegebenenfalls zu löschen. Es ist jedoch ein erster Schritt, um unsere demokratischen Werte und auch den Einzelnen sinnvoll zu schützen.

Ewen: "Wir als Gewerkschafter sehen besorgt, dass Mitmenschen fahrlässig ihren Arbeitsplatz aufs Spiel setzen, indem sie unüberlegt posten. Die neue Datenschutzrichtlinie der EU wird die nächsten Monate an die aktuellen Internetgewohnheiten angepasst und erfasst mit dem ‚Marktortprinzip‘ die regionalen Bereiche von Facebook und Co. Das war überfällig! Aber auch die Öffnungsklauseln dürfen nicht dazu führen, dass dies alles letztlich doch zunichte gemacht wird! Verstöße werden danach sehr teuer werden. Maas hat mit seiner Task Force Aktion gute Arbeit geleistet! Die zügige Löschung von Hasspostings gibt dem einen oder dem anderen die Möglichkeit, sein Handeln noch einmal zu überdenken."

PM CGM im Dezember 2016

* * * *

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS



Reinhardt Schiller 35 Jahre in der Selbstverwaltung der Rentenversicherung

Reinhardt Schiller (63) aus Sulzbach/Murr wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsführung, Hubert Seiter und der Vorsitzenden der Vertreterversammlung Gabriele Frenzer-Wolf, am 17. Dezember 2015 für 35 Jahre ehrenamtliches Engagement in der Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg (früher LVA) geehrt.



Er habe „in den vergangenen 35 Jahren sachverständig und tatkräftig an der positiven Entwicklung unseres Regionalträgers hin zu einem kundenorientierten und zeitgemäßen Dienstleistungsunternehmen mit-

gewirkt. Dafür genießen Sie unsere Wertschätzung“, so die Vorsitzende Frenzer-Wolf.

Schiller war bis 2013 über die Vorschlagsliste des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) Mitglied der Vertreterversammlung und ist inzwischen in den Vorstand der DRV Baden Württemberg aufgerückt. Die ungewöhnliche Ehrung für 35 Jahre trage dem Umstand Rechnung, dass es sehr selten vorkomme, eine 40jährige Tätigkeit zu würdigen. Deshalb erfolge die Würdigung ab 30 Jahren in 5-Jahres-Schritten.

PM CGB im Dezember 2015

* * * *

DHV Bundesfachgruppe Gesundheitswesen und Soziale Dienste nimmt Stellung zu den Personalschlüsseln in den Einrichtungen der stationären Altenpflege und fordert höhere Personalschlüssel in den Einrichtungen der stationären Altenpflege!



Die derzeit zu knapp bemessenen Personalschlüssel in den Einrichtungen der stationären Altenpflege führen zu hohen Belastungen der Beschäftigten und damit in Folge auch zu hohen Ausfallquoten durch Krankheit. Laut einer aktuellen Untersuchung der Universität Witten/Herdecke ist eine einzelne Pflegekraft während des Nachtdienstes im Durchschnitt für 52 Bewohner zuständig.

Ebenso ist der Bereich durch eine überdurchschnittliche Personalfuktuation gekennzeichnet. Diese Faktoren haben einen unmittelbaren negativen Einfluss auf die Attraktivität der Pflegeberufe und damit auch auf die Gewinnung von Nachwuchskräften. Zusätzlich differieren die Personalschlüssel in der stationären Pflege in den verschiedenen Pflegestufen von Bundesland zu Bundesland um bis zu 50%!

Das bedeutet in der Folge einen beträchtlichen Unterschied in der Qualität der Pflege. Angesichts der für alle Beschäftigten gleich hohen Pflegeversicherungsbeiträge ist das kein akzeptabler Zustand. Aus diesem Grund fordern wir für die Einrichtungen der stationären Altenpflege einen bundeseinheitlichen und deutlich besser ausgestalteten Personalschlüssel.

PM CGB im Dezember 2015

* * * *

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS



Ausbildungsabbrüche vermeiden: CGB begrüßt Fortführung des Projekts „BLEIB DRAN“ - Kritik an Ausstieg Bremerhavens!

Jeder vierte Ausbildungsvertrag in Deutschland wird vorzeitig gelöst. Im Lande Bremen liegt die Quote mit 23,7 Prozent nur geringfügig niedriger. Die Gründe für

die Ausbildungsabbrüche sind vielfältig: Überforderung, Wunsch nach Berufswechsel, Zulassung zum Studium oder zwischenmenschliche Probleme – um nur einige zu nennen. Egal, wo die Ursachen für den Ausbildungsabbruch liegen, er bildet in jedem Fall ein Ärgernis für alle Beteiligten. Deshalb sollten alle Chancen genutzt werden, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden.

Hilfe bietet dabei im Lande Bremen das Beratungs- und Vermittlungsangebot „Ausbildung – Bleib dran“, das von dem Zentrum für Arbeit und Politik der Universität Bremen initiiert wurde und aus Landesmitteln sowie vom Europäischen Sozialfonds gefördert wird. Nach dem die Zukunft des Projekts aufgrund ungesicherter Weiterfinanzierung bis vor wenigen Wochen infrage stand, zeichnet sich zumindest für den Bereich der Stadtgemeinde Bremen eine Fortführung ab. Die Arbeitnehmerkammer hat unter dem Vorbehalt, dass sich auch der Senat weiterhin finanziell für das Projekt engagiert, eine Mitfinanzierung in Aussicht gestellt.

Der CGB begrüßt die Bereitschaft der Arbeitnehmerkammer zu einem finanziellen Engagement beim Projekt „Ausbildung – Bleib dran“. CGB-Landesvorsitzender Peter Rudolph, der die christlichen Gewerkschaften auch in der Vollversammlung der Arbeitnehmerkammer vertritt: „Angesichts eines Haushaltsüberschusses von mehr als zwei Millionen Euro ist es richtig, dass die Arbeitnehmerkammer Gelder nicht hortet, sondern in sinnvolle Maßnahmen und Projekte investiert. Die finanzielle Beteiligung an „Bleib dran“ sichert nicht nur die Zukunft des Projekts, sondern schafft auch die Voraussetzung für eine Ausweitung des Beratungsangebots auf weitere Berufsgruppen.“

Kein Verständnis hat der CGB für die Stadtgemeinde Bremerhaven, die trotz der Bereitschaft der Arbeitnehmerkammer zur Mitfinanzierung ihren Ausstieg aus dem Projekt „Bleib dran“ angekündigt hat und zukünftig bei der Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen eigene Wege gehen will. Der CGB hat daher den Bremerhavener Oberbürgermeister Melf Grantz angeschrieben und ihn gebeten, sich für eine Fortführung des Projektes in Bremerhaven einzusetzen.

PM CGB Bremen im November 2015

* * * *

Menschenwürde achten! - Maßstab unserer täglichen Arbeit ist das christliche Menschenbild mit der unantastbaren Würde jedes Menschen



Die Würde des Menschen ist unteilbar, sie gilt für alle Menschen unabhängig von Hautfarbe, Religion, Nationalität und Herkunft. Daran möchten wir als Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation CGPT angesichts der großen Flüchtlingsströme erinnern. Viele Menschen aus Kriegsgebieten verlassen ihre Heimat und flüchten nach Europa. Auch und gerade in unser Land.

Wir begegnen ihnen hilfsbereit und freundschaftlich, denn wir wissen, keiner verlässt gerne seine Heimat.

Die CGPT unterstützt die Bundesregierung sowie alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen, die sich bemühen, die Probleme der Flüchtlingsströme human und menschlich zu lösen. Alle nationalistischen und ausländerfeindlichen Reden und Gruppierungen lehnen wir strikt ab. Ausländerfeindlicher Hetze und Hassparolen treten wir entschieden entgegen.

PM CGPT im Dezember 2015

* * * *



Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts: Tarifeinheitsgesetz nicht praktikabel

Das Tarifeinheitsgesetz, im vergangenen Jahr trotz zahlreicher Skeptiker vom Bundestag verabschiedet, ist nach Ansicht der Präsidentin des Bundesarbeitsgerichtes, Ingrid Schmidt, in der Praxis kaum durchsetzbar. Im Gespräch mit dem Berliner „Tagesspiegel“ meinte sie, es sei nach den Streiks der Piloten und der Lokführer offenkundig, dass das Tarifeinheitsgesetz bei bestimmten Arbeitskampfmaßnahmen gar nicht wirken könne.

„So kann etwa bei der Lufthansa in deren Flugbetrieb die vom Gesetz vorausgesetzte Tarifikollision kaum auftreten, da die Vereinigung Cockpit nur für die Piloten abschließt und die Gewerkschaft Ufo nur für die Flugbegleiter. Diese Bereiche überschneiden sich nicht, also gibt es keine Tarifikollision.“

Ingrid Schmidt weiter: „Es ist mit den Händen zu greifen, dass schon die Feststellung der Mehrheitsverhältnisse im Betrieb die Rechtsprechung vor große Probleme stellen wird. Das dazu vom Gesetz vorgegebene Verfahren ist komplex und schwierig in der Handhabung. Woher soll man wissen, wie viele Arbeitnehmer zu welchem Zeitpunkt in welcher Gewerkschaft sind?“

PM CGB Bremen im November 2015

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin
Telefon: 030/21 02 17-30
Fax: 030/21 02 17-40
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info
ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow
Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog
Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.